

Tätigkeitsbericht für das Jahr 2008 zur Vorlage beim Finanzamt Steuernummer 27/620/59142

Im Jahr 2008 haben 5 Präsidiumssitzungen und eine Mitgliederversammlung stattgefunden.

Es wurden zwei Veranstaltungen: **Eine Welt – unser Wasser** in München im September und Oktober mit Robert Stiglitz und Al Gore, Umweltminister Gabriel, ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske sowie anderen Referenten durchgeführt. Themenfelder waren die Wasserwirtschaft im Spannungsfeld globaler Veränderungen.

Stellungnahmen zu Gesetzen:

Es wurde eine Stellungnahme zum Erneuerbare Energiengesetz erarbeitet und an den Bundesumweltminister und die Bundestagsfraktionen versandt. Mit zwei Fraktionen wurden Gespräche darüber geführt. Dabei hat die AöW die verstärkte Nutzung von Klärgas zur Erreichung der Klimaziele in den Vordergrund gestellt und gefordert, dass die Potenziale zur Gewinnung von Energie aus Kläranlagen stärker gefördert werden und entsprechende Rahmenbedingungen und Regelungen gefunden werden.

Mit dem Entwurf eines Umweltgesetzbuches wurde sich beschäftigt und eine Stellungnahme dazu erarbeitet. Zwei Vertreter des Vereins nahmen an der Verbändeanhörung zum Gesetz teil.

Es wurden drei Arbeitsgruppen gebildet:

Strategie

Es wurde sich mit den Rahmenbedingungen der öffentlichen Wasserwirtschaft auseinander gesetzt hinsichtlich EU-Vergaberecht, Wettbewerbsrecht, Kommunalwirtschaftsrecht und den Grün- bzw. Weißbüchern der EU-Kommission zur öffentlichen Daseinsvorsorge und Public-Private-Partnership. Es wurde festgelegt, die Aktivitäten der AöW auf die Erhaltung der öffentlich-rechtlichen Struktur der Wasserwirtschaft auszurichten.

Wasserwirtschaft

Die AöW hat sich grundsätzlich positiv zu einem Umweltgesetzbuch ausgesprochen, da eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des Wasser- und Umweltrechts begrüßt wurde. Das UGB soll jedoch grundsätzlich keine Verschlechterung oder Anhebung von Standards auslösen. Neben den wasserrechtlichen Belangen sollen daher nach Forderung der AöW im Gesetz

auch die Belange des Allgemeinwohls als Kriterium mit aufgenommen werden. Die AöW empfahl weiterhin, statt des Begriffs sparsamer Umgang, den des sorgsamem Umgangs mit Wasserressourcen zu verwenden. Dies schließt alle Stufen der Ver- und Entsorgung ein. Bei den Grundsätzen der Gewässerbewirtschaftung wurde ein Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungsansprüchen mit einer deutlichen Festlegung im Gesetz ist gefordert.

Wirtschaft, Steuern, Recht

Die Arbeitsgruppe befasste sich mit folgenden Themenfeldern:

Bilanzierungsmodernisierungsgesetz: Hier wurde die Frage von Pensionsrückstellungen für die öffentlichen Unternehmen behandelt. Das Thema wurde für eine Veranstaltung im November in Nürnberg aufbereitet.

BDE-Beschwerde gegen die Vergabe der Abwasserbeseitigung in Hamm. Dazu wurden Gespräche in Brüssel geführt. Die Kommission sagte bei den Überlegungen zu Steuern auf staatliche Leistungen die hoheitliche Aufgabe auszunehmen und den Fall nicht dem EuGH vorzulegen.

Mandatierte Aufgabenübertragung

Es gab Informationen, dass die Bundesregierung dazu tendiere dies als Tätigkeit im Wettbewerb anzusehen. In diesem Zusammenhang wurde auch über Dienstleistungskonzession diskutiert und die Frage behandelt, ob es überhaupt eine solche Konzession geben kann und ob sie ausschreibungspflichtig wäre.

Novellierung des Vergaberechts

Zusätzlich wurde der Gesetzentwurf zum Vergaberecht insbesondere hinsichtlich der Regelung der in § 99 definierten öffentlichen Aufträge eingehend erörtert.

Ein vierzehntägig erscheinender Rundbrief an die Mitglieder mit Berichten über die politischen Entwicklungen und die speziellen Anliegen der öffentlichen Wasserwirtschaft wurde an die Mitglieder und ein breiten Kreis Interessierter sowie politische Mandatsträger herausgegeben.

Insgesamt 7 Presseerklärungen wurden verbreitet.

Christa Hecht
Geschäftsführerin

Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V.
Straße des 17. Juni 114, 10623 Berlin
Tel. 0049/39 74 36 06
Fax: 0049/39 74 36 83
hecht@aoew.de www.aoew.de